



Lernen für Soziale Demokratie

POLITISCHE BILDUNG IN DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG





Lernen für Soziale Demokratie

POLITISCHE BILDUNG
IN DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

ISBN 3-89892-387-8

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
D-53170 Bonn

© 2005 Friedrich-Ebert-Stiftung

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn
Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Printed in Germany 2005

Vorwort



Die Demokratie bedarf zu ihrer Sicherung und Fortentwicklung der Überzeugung und Zustimmung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Identifikation mit den Werten, Institutionen und Verfahren unseres demokratischen Systems wächst vor allem aus der Erfahrung, dass in seinem Rahmen die wesentlichen gesellschaftlichen Probleme fair gelöst oder doch zumindest besser bewältigt werden können als in jeder anderen politischen Ordnung.

Politische Bildung ist eines der entscheidenden Instrumente in der Demokratie, um auch unter schwieriger werdenden Bedingungen die Identifikation des Einzelnen mit seinem Gemeinwesen zu ermöglichen. Sie zielt nicht lediglich auf zusätzliche Informationen, sondern vermittelt Orientierung und Qualifizierung für ein erfolgreiches politisches Engagement. Deshalb ist die politische Bildung eine zentrale Säule unserer gesellschaftspolitischen Arbeit.

Mit der Broschüre „Lernen für Soziale Demokratie“ stellt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre Konzeption und ihr Selbstverständnis politischer Bildungsarbeit am Beginn des 21. Jahrhunderts vor.

Wir machen unsere Wertebindung sichtbar und beschreiben unsere Kernaufgaben. Unsere Arbeitsziele sind an den Grundwerten der Sozialen Demokratie orientiert und werden entwickelt, um auf gesellschaftliche und politische Herausforderungen sowie auf Erfahrungen und Erwartungen unserer Adressaten und Zielgruppen Antworten geben zu können. Wir begründen, mit welchen Zielgruppen und Adressaten wir bei begrenzten Ressourcen vorrangig arbeiten wollen. Unsere wichtigsten Arbeitsformen und das weite Spektrum innovativer Methoden werden mit Arbeitsbeispielen vorgestellt.

„Lernen für Soziale Demokratie“ ist ein Orientierungspapier für die hauptamtlichen, aber auch für die zahlreichen nebenamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Bildungsbereich der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zugleich präsentieren wir unsere Arbeit der interessierten Fachöffentlichkeit, einschließlich der Verantwortlichen für politische Bildung in Parlament und Verwaltung. Wir verbinden damit eine Einladung zu einer konstruktiven und kritischen Begleitung der Weiterentwicklung unserer Arbeit.

A handwritten signature in black ink that reads "Anke Fuchs". The signature is fluid and cursive.

Anke Fuchs

Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung
Berlin und Bonn, Mai 2005

Inhalt

Präambel	8
I. Unser Leitbild	9
1. Soziale Demokratie	9
2. Wertbindung und Offenheit	10
3. Unsere Kernaufgaben	11
II. Neue Herausforderungen	13
1. Neue Formen der Politik und ihrer Wahrnehmung	13
2. Gesellschaftlicher Mentalitätswandel	14
3. Gesellschaftlicher Strukturwandel im nationalen Kontext	15
4. Gesellschaftlicher Strukturwandel im internationalen Kontext	18
III. Unsere Arbeitsziele	20
1. Grundlagen	20
2. Zu Solidarität und Mitentscheidung motivieren	21
3. Praktische Handlungskompetenzen	23

IV. Wen wollen wir erreichen?	26
1. Bürgerinnen und Bürger, die politische Information und Orientierung suchen	26
2. Aktive in der Zivilgesellschaft	27
3. Multiplikator/innen mit Einfluss auf das gesellschaftliche Reformklima	27
4. Jugend und politischer Nachwuchs	28
5. Multiplikator/innen in Parteien und Parlamenten	29
6. Multiplikator/innen aus dem Bereich Medien und Kultur	29
V. Arbeitsformen und Praxisbeispiele	32
1. Planungsprinzipien	32
2. Vier Säulen unserer Bildungsarbeit	33
2.1. Politikvermittlung – Informations- und Dialogangebote	34
2.2. Seminare und Lernprojekte	34
2.3. Kompetenztraining	35
2.4. Politikberatung	37
3. Ausgewählte Methoden und gelungene Praxisbeispiele	38
3.1. Innovative Methoden	38
3.2. Arbeitsprojekte	40
4. Qualitätssicherung	42
VI. Politische Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe	45

Präambel

Demokratie lebt von Voraussetzungen. Dazu gehören aktive und kompetente Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Sicherung der sozialen Grundlagen des Bürgerhandelns.

Soziale Teilhabe und soziale Sicherung als Bürgerrechte sind, über die bürgerlichen und politischen Grundrechte hinaus, die Grundpfeiler Sozialer Demokratie. Die politische Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung ist der Stärkung dieser Voraussetzungen einer lebendigen Bürgergesellschaft verpflichtet.

I. Unser Leitbild

1. Soziale Demokratie

Das Leitbild unserer Bildungsarbeit ist, entsprechend den Traditionen der demokratischen Arbeiterbewegungen, denen wir verpflichtet bleiben, die Soziale Demokratie. Soziale Demokratie basiert auf der Anerkennung aller Grundrechte, zu denen neben den bürgerlichen und politischen mit gleichem Geltungsanspruch auch die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen zählen. Sie erweitert und festigt die politische Demokratie durch soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Demokratisierung, soziale Sicherung, nachhaltige Entwicklung und internationale Solidarität.

Soziale Demokratie beruht auf einem Verständnis von Freiheit, das nicht nur die negative Freiheit des Handelns von unrechtmäßigen äußeren Beeinträchtigungen umfasst, sondern gleichermaßen auch die positive Freiheit der Verfügung über die Ressourcen für ein selbstbestimmtes Handeln. Das Gerechtigkeitsverständnis der Sozialen Demokratie bezieht sich auf diesen Freiheitsbegriff. Gleiche Freiheit in diesem Sinne verlangt die Garantie gleicher Chancen für ein selbstbestimmtes Leben für alle, also gleiche Lebenschancen. Solidarität ist gleichermaßen Voraussetzung und Ziel Sozialer Demokratie, weil ein menschenwürdiges Leben für alle nur dann gewährleistet ist, wenn Menschen über das hinaus, was Rechte garantieren können, für andere eintreten und einander helfen. Soziale Demokratie ist eine Gesellschafts- und Lebensordnung, die von diesen Grundwerten geprägt ist.

Soziale Demokratie schafft die Voraussetzungen dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger ihre politischen Grundrechte und sozialen Teilhaberechte ungeschmälert wahrnehmen und zur Entwicklung ihres Landes beitragen können. Sie erstrebt für alle Bürgerinnen und Bürger gesicherte Lebenschancen und gleiche Mitspracherechte. Die sozial und ökologisch eingebettete Marktwirtschaft, der grundrechtsgestützte Sozialstaat, gesellschaftliche und wirtschaftliche Mitbestimmung sowie eine aktive Zivilgesellschaft sind ihre institutionellen Kennzeichen.

„Leitbild Soziale Demokratie“

Soziale Demokratie ist im Alltag gelebte Demokratie für alle, auch für die sozial Schwachen. Sie ist Demokratie als Lebensform. Soziale Demokratie ist eine dauerhafte Aufgabe. Sie verlangt aktive Bürgerinnen und Bürger, die über die Fähigkeit und die Bereitschaft zum politischen Engagement und zur Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Lebensverhältnisse verfügen.

In der globalisierten Welt fordert sie Solidarität und faire Zusammenarbeit. Auch die Weltgesellschaft und die Weltmärkte bedürfen der Einbettung in politische Verantwortung sowie sozialer, ökonomischer und ökologischer Regulation. Soziale Demokratien in jeder einzelnen Gesellschaft und in der Weltordnung bedingen und stützen einander.

2. Wertbindung und Offenheit

Wir bestimmen die Leitideen unserer politischen Bildungsarbeit anhand politischer und pädagogischer Normen auf der Grundlage der Traditionen der demokratischen Arbeiterbewegung. Dabei orientieren wir uns vor allem an

- der Wertordnung des Grundgesetzes und
- den Grundwerten und politischen Prinzipien der Sozialen Demokratie.

Politische Bildung, die sich der Demokratie verschreibt, muss sich auf klare Wertbindungen stützen. In unserem Verständnis und in unserer Arbeit stehen diese nicht im Widerspruch zu sachlicher Rationalität, zu inhaltlich-methodischer Pluralität und zu teilnehmerorientierter pädagogischer Praxis.

Unser Beitrag, der Beitrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, hat einen Bezug zur Gesamtheit des politischen und weltanschaulichen Spektrums der Träger politischer Bildung in der Bundesrepublik. Sie alle wenden sich mit ihren jeweils spezifischen Wertprägungen und Angeboten an die Gesamtgesellschaft und fördern damit den Wettbewerb der gesellschaftlichen Kräfte um Ideen, Konzepte und praktische Lösungen. Wir sprechen mit unserer politischen Bildungsarbeit vor allem diejenigen Menschen an, die für die Werte und Ziele der Sozialen Demokratie offen sind.

„Wir verbinden Engagement und Offenheit“

Das Prinzip der Wertbindung unserer politischen Bildung findet seine notwendige Ergänzung durch das Prinzip der Offenheit unserer Angebote. Dieses umfasst zwei Dimensionen:

- Unsere Angebote sind grundsätzlich offen für alle, die sie in Anspruch nehmen wollen.
- Wir gestalten politische Bildung als einen Diskussionsprozess, der für widerstrebende Meinungen offen ist.

Wir vertreten den „Beutelsbacher Konsens“ (1977) über die Grundlagen politischer Bildung in der pluralistischen Demokratie. Das heißt: Für unseren Bildungsauftrag gelten gleichrangig das „Überwältigungsverbot“ (Absage an jedwede Indoktrination), die

Akzeptanz des kontroversen Charakters von Inhalten in der Bildungsarbeit (was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch beim Lernen kontrovers behandelt werden) und das Prinzip der selbständigen Interessenerkenntnis und Interessenvertretung der Teilnehmenden im Lernprozess.

Im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verbinden wir unsere Orientierung an den Grundwerten der Sozialen Demokratie als einer gesellschaftlichen Strömung mit der rechtlichen und tatsächlichen Unabhängigkeit unserer gemeinsamen Arbeit von der uns nahestehenden Partei.

3. Unsere Kernaufgaben

Die Grundlagen der Demokratie stärken

Demokratie beruht auf Voraussetzungen, die durch Institutionen allein nicht garantiert werden können. Dazu gehört vor allem eine ihr gemäße politische Kultur ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie verlangt ein grundsätzliches und belastbares Einverständnis der Bürgerinnen und Bürger mit den Werten der Demokratie sowie ihre Bereitschaft und Fähigkeit zu wirkungsvoller Partizipation in Staat und Bürgergesellschaft. Diese Grundlagen der Demokratie zu stärken ist das Ziel unserer politischen Bildungsarbeit.

Wir fördern bürgerschaftliche und politische Kompetenzen, denn mit ihnen wächst die Bereitschaft und die Fähigkeit, in der Demokratie Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Bürgerinnen und Bürger, die über solche Kompetenzen verfügen, sind über das politische Leben ihres Gemeinwesens informiert und für bürgerschaftliches und politisches Engagement qualifiziert. Sie verfügen über die ethisch-politischen Orientierungen, die sie zum Eintreten für die Demokratie befähigen.

Lebendige Demokratie verlangt den offenen Austausch von Informationen und Meinungen. Mit Foren des öffentlichen Dialogs zu den Aufgaben und Problemen unserer Gesellschaft tragen wir zur Entwicklung der politischen Kultur der Demokratie und zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels bei. Solche Dialoge sind gleichermaßen Chancen des Kompetenzgewinns und der Verständigung – für die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für die politischen Akteure.

„Die Bürgergesellschaft stärken“

Die komplexer werdenden Verhältnisse, die sich aus Globalisierung und Europäisierung, Wissensgesellschaft, Zuwanderung und demographischem Wandel ergeben, stellen Bürgerinnen und Bürger vor immer neue Herausforderungen.

Ausmaß und Tempo des gesellschaftlichen Wandels und der ihn gestaltenden Modernisierungspolitik erzeugen Verunsicherungen, die nicht selten zu Distanz der Bürger von Parteien und Politik und oft genug in die Arme von Populismus und Extremismus führen. Mit den Möglichkeiten politischer Bildung, mit Informations-, Qualifizierungs-, Partizipations- und Dialogangeboten wollen wir die Bürgerinnen und Bürger dauerhaft für Demokratie und politisches Engagement gewinnen.

Ein vielfältiges Angebot

Wir tragen zur Entwicklung einer starken Bürgergesellschaft bei. Ihre Aktivierung ermöglicht die für die Zukunft der Demokratie lebenswichtige Neubestimmung der Arbeits- und Verantwortungsteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Es geht darum, durch Selbstorganisation verstärkt soziale und politische Aufgaben in der Bürgergesellschaft wahrzunehmen und damit das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung auf zeitgemäße Weise neu zu bestimmen.

Zur Erreichung dieser Kernziele unserer Arbeit nutzen wir ein breites Instrumentarium politischer Bildung. Es umfasst Politikvermittlung, Seminare und Lernprojekte, Kompetenztraining und Politikberatung. Jedes dieser Instrumente trägt auf seine eigene Weise zur Entwicklung der politischen Kultur der Demokratie und zur Verbesserung der Urteils- und Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger bei:

Politikvermittlung	Seminare/Lernprojekte	Kompetenztraining	Politikberatung
Politikvermittlung zielt – in einem meist knappen Zeitrahmen – auf die Vermittlung von Informationen über Politik an ein interessiertes Publikum oder von Informationen aus der Gesellschaft an die Politik.	Seminare und Lernprojekte organisieren – in erweitertem Zeitrahmen und didaktisch-methodisch strukturiert – Lernprozesse, um dauerhafte Wirkungen auf Einstellungen, Kenntnisse, Handlungsbereitschaft und Handlungskompetenz zu erreichen.	Kompetenztraining vermittelt – in einem intensiven Lern- und Übungsprozess – grundlegende Techniken der Kommunikation und des Managements, die für ein Engagement im politischen und zivilgesellschaftlichen Bereich erforderlich sind.	Politikberatung zielt – in zeitlich wie methodisch variablen Formen – auf die unmittelbare Verbesserung der Handlungsfähigkeit und der Entscheidungen politischer Akteure.

II. Neue Herausforderungen

Der gesellschaftliche Struktur- und Wertewandel der jüngeren Zeit ist umfassend und tiefgreifend. Wir alle müssen mit wachsenden Widersprüchen und neuen Herausforderungen leben. Mit unserer politischen Bildungsarbeit tragen wir den neuen Trends Rechnung. Wir leisten Beiträge zur Stärkung der positiven Entwicklungen und befähigen die Bürgerinnen und Bürger, Chancen zu nutzen. Wir helfen ihnen, neue Risiken zu erkennen und sie zu meistern.

1. Neue Formen der Politik und ihrer Wahrnehmung

Die neue Mediengesellschaft

Mit der Entwicklung unserer Gesellschaft zur Mediengesellschaft werden alle Lebens- und Erfahrungsbereiche von medialer Kommunikation durchdrungen. Mehr denn je haben große Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit, sich durch die Massenmedien aktuell und umfassend zu informieren. Inszenierung und Personalisierung gewinnen unter dem Einfluss der Massenmedien zunehmend an Bedeutung. Medien übernehmen die Darstellung der Politik und folgen bei der Auswahl und Präsentation ihren eigenen Regeln. Politik stellt sich zunehmend auf diese Regeln ein. Der Zugang für Bürgerinnen und Bürger zur Politik erfolgt weitgehend über die Medienfilter und wird immer indirekter. Die auf vordergründige Wirksamkeit bedachte Inszenierung von Politik und ihrer Akteure in den Medien steht für sie oft in einem schwer überprüfbaren Zusammenhang zu dem, was in der Politik tatsächlich geschieht.

Politische Bildung gewinnt in der Mediengesellschaft eine neue Rolle für die Urteilsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger und für ihre Kompetenz, mit den medialen Bildern von Politik und politischen Akteuren kritisch und selbstbewusst umzugehen.

„Politik in der Mediengesellschaft vermitteln“

Die Mediengesellschaft ist weit mehr als eine Fernseh-Gesellschaft; es vollzieht sich ein rapider Wandel zur Informations- und Wissensgesellschaft. Mit dem Internet hat sich ein weltweiter Raum für politische Kommunikation geöffnet, der ebenso viele Chancen (z.B. bessere Möglichkeiten der Information und Teilhabe) wie Risiken (z.B. Verbreitung extremistischen Gedankenguts) birgt. Zwei gegenläufige Trends sind erkennbar: Ein Teil der Gesellschaft wird politisch passiv und beschränkt sich auf Fernsehen und Unterhaltung, ein anderer Teil nutzt alle Chancen der Informations-

gewinnung, offline und online. Für einige Gruppen wird das Internet sogar zum Zentrum von Alltagserfahrung und -kommunikation. Sie sind ohne professionelle Präsentation im Internet kaum noch zu erreichen. Für die politische Bildung bedeutet dies die Chance, Menschen, mit denen sie sonst kaum in Berührung käme, auf neuen Wegen zu gewinnen.

Die Professionalisierung der Politik

Die Professionalisierung der Politik nimmt zu. Politik wird immer mehr zur Sache von Berufspolitikern und entwickelt dadurch ihre eigene Kultur, die sich von der Alltagskultur der Bürgerinnen und Bürger entfernt. Die Gefahr der gegenseitigen Entfremdung wächst. Sie wird durch die verbreitete Wahrnehmung einer wachsenden Profilschwäche der Parlamentsparteien noch verschärft.

„Neue Engagementsformen fördern“

Seit Jahren sinkt die Bereitschaft zur Mitgliedschaft in Großorganisationen. Das Fehlen des jugendlichen Nachwuchses ist hierbei nur ein Spiegel der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Parteien werden wie alle großen Repräsentativinstanzen des politischen Systems und der politischen Klasse von vielen mit Misstrauen betrachtet. Dies gilt gleichermaßen für die großen Mitgliederorganisationen wie z.B. Gewerkschaften und Kirchen. Die Bereitschaft, sich zu engagieren, bezieht sich immer weniger auf Institutionen, die auf langfristigen Mitgliedschaften basieren. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist dennoch keineswegs verschwunden, aber es findet bevorzugt in kurzfristigen, überschaubaren, erfahrungsnahen und weniger festen Strukturen statt.

2. Gesellschaftlicher Mentalitätswandel

Zunehmende Unübersichtlichkeit

Die wachsende Komplexität der Welt, die Vielfalt der Probleme, die Überflutung mit Informationen und Reizen, die Uneindeutigkeit von politischen Alternativen und Lösungsansätzen begünstigen Desorientierung bei Bürgerinnen und Bürgern. Damit wächst die Gefahr der Abwendung von der Demokratie und der Hinwendung zum Irrationalen und zu simplifizierenden Erklärungsmustern. Der politischen Bildung kommt die in dieser Situation unersetzliche Rolle der sachgerechten Information und Befähigung zur vernünftigen Entscheidungsfindung zu.

Die großen sozialen Schichten- und Milieustrukturen befinden sich seit längerem in Auflösung. Die Tendenz zur Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft wächst in historisch beispielloser Form. Die Menschen finden ihre persönliche Iden-

tität zunehmend in der Zugehörigkeit zu kleiner und vielfältiger werdenden politisch-kulturellen Milieus. Gleichzeitig entwickeln sich neue Formen von Solidarität. In einer freiheitlichen, wohlhabenden und erfolgreichen Gesellschaft können viele individuelle Lebensvorstellungen realisiert werden. Die Lebensentwürfe werden zunehmend heterogener, selbst innerhalb ein- und derselben Generation. Konsum- und Erlebnisorientierung wachsen. Generationsübergreifende Wertmaßstäbe und Verantwortungsbereitschaft stehen in Frage gestellt.

„Orientierung erleichtern“

Gefahren und Chancen

Viele Menschen in unserer Gesellschaft fühlen sich ausgegrenzt, abgestoßen und von der mangelnden Transparenz der Politik, der Bürgerferne staatlicher Institutionen und ihren Repräsentanten. Viele empfinden Ohnmacht, weil die eigenen Belange für „die da oben“ scheinbar nicht von Interesse sind. Dieses Frustrationspotenzial bietet einen Nährboden für Intoleranz und Aggression bis hin zur Gewalt.

Der Beginn des 21. Jahrhunderts ist für die Menschen in Deutschland trotz alledem eine Zeit nie gekannter Chancen und Möglichkeiten. Das erreichte Maß an Sicherheit und Freiheit, Gesundheit und Selbstverwirklichung ist ein kostbares Gut, dessen Wertschätzung in unserer Gesellschaft oft vernachlässigt wird.

Demokratie lebt von den Einstellungen, der Handlungsfähigkeit und der Handlungsbereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie lebt von einer politischen Kultur, die sich durch wechselseitiges Verantwortungsbewusstsein, einen Grundkonsens über ihre Werte und die Fähigkeit zu friedlicher Konfliktaustragung auszeichnet. Sie in der sich rasch verändernden Welt immer neu zu fördern und zu stärken, ist das Ziel unserer Bildungsarbeit.

3. Gesellschaftlicher Strukturwandel im nationalen Kontext

Soziale Unsicherheit

Existenz- und Verteilungsängste und die Furcht vor globalen Bedrohungen gewinnen an Bedeutung. Diese Unsicherheiten und Ängste ziehen sich durch alle gesellschaftlichen Schichten.

Der demokratische Sozialstaat muss die gerechte Teilhabe aller an Arbeit und Einkommen gewährleisten. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit stellt die Politik, die Bürger und die Demokratie vor große Herausforderungen. Die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und wiederholter beruflicher Neuorientierung während des Arbeitslebens nimmt zu. Ungewissheit über die Zukunft, Unsicherheit über den eigenen

„Marktwert“ und die Angst vor möglicher gesellschaftlicher Ausgrenzung reichen bis weit in die gehobenen Mittelschichten hinein. Langzeitarbeitslose leiden unter Verarmung, Vereinsamung, Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben und dem Verlust ihrer Selbstachtung.

„Sozialen Wandel begleiten“

„Anhaltende Arbeitslosigkeit und demografischer Wandel führen zur Erosion unserer sozialen Sicherungssysteme. Der demografische Wandel stellt Generationengerechtigkeit und Generationensolidarität auf die Probe und wirft die ganz neue Frage nach der politischen Kultur in einer alternden Gesellschaft auf. Im Osten Deutschlands verschärft die Abwanderung, vor allem aus den ländlichen Gebieten, das demografische Problem. Eine breite Akzeptanz des Umbaus der sozialen Sicherungssysteme verlangt ausreichende Information, klare Orientierung und den Dialog über die Grundwerte als handlungsanleitende Maßstäbe. Ein Paradigmenwechsel von der Lebensstandardsicherung durch den Staat zur grundrechtsgestützten Grundsicherung ist im Gange. Die Absicherung des einmal erreichten Lebensstandards wird zunehmend zur Sache des Einzelnen. Der Übergang erzeugt Verunsicherung. Der Bedarf an Orientierung und langfristigen Perspektiven wächst.

Wandel sozialer Lebensformen

Familie wird heute in vielfältigen Formen gelebt, sie ist kein Auslaufmodell. Für junge Menschen beiderlei Geschlechts sind Freundschaft, Partnerschaft und Familienleben die wichtigsten Wertorientierungen für ihre Lebensgestaltung. Das Zeitalter der Globalisierung und Flexibilisierung führt zwar nicht zur Zerreißprobe für die Familie, aber die Anforderungen an sie wachsen. Insbesondere die ökonomischen Erfordernisse der Flexibilität und des raschen Wandels der Lebensverhältnisse üben einen großen Veränderungsdruck aus. Die Balance zwischen dem Grundbedürfnis jedes Menschen nach familiärer Geborgenheit, dem Recht auf individuelle Lebensentwürfe und der Gleichberechtigung ist oftmals schwer herzustellen, zumal das gesellschaftliche Klima nicht ausreichend familienfreundlich ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Frauen immer noch ein Problem – vor allem wegen mangelnder Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

„Das Zusammenleben der Geschlechter verbessern“

Die erstrebte Geschlechterdemokratie ist noch nicht erreicht. Trotz bisheriger Erfolge der Frauen- und Gleichstellungspolitik bleibt der Handlungsbedarf in Politik und Gesellschaft groß. Neben der notwendigen Verbesserung von Rahmenbedingungen für mehr Chancengleichheit ist der gesellschaftliche Bewusstseinswandel zu fördern.

Trotz stark veränderter Lebensentwürfe von Männern und Frauen ist dies immer noch hauptsächlich ein Frauenanliegen. Ein Generationenbruch macht sich bemerkbar: Mädchen und junge Frauen beklagen zwar häufig patriarchalische Strukturen und schleichende Alltagsdiskriminierung; sie sehen jedoch keinen Grund, sich zu solidarisieren und sich für ihre Rechte gemeinsam einzusetzen. „Frauenförderung“ ist bei vielen jungen Frauen schlecht angesehen. Das Konzept des „*Gender Mainstreaming*“, das die Perspektive der Geschlechtergleichheit in alle Handlungsbereiche einbezieht, findet leichter Anerkennung.

Ungleiche Bildungschancen

Gesellschaftliche Umbrüche fordern das Bildungssystem auf neue Weise heraus. In der modernen Wissensgesellschaft ist kein soziales Gut so entscheidend wie der ausreichende Zugang zu Bildung und Weiterbildung. Bislang hängt die Verteilung von Bildungschancen viel zu stark von der sozialen Herkunft ab. In Deutschland besteht ein extrem hoher Selektionsgrad, der besonders Kindern aus einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten den Weg zu einem qualifizierten Schulabschluss erschwert. Bildung darf aber nicht nur der Mehrheitsgesellschaft zugute kommen, sie muss allen eine faire Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe gewähren. Dies erfordert den Abbau sozialer Barrieren im Zugang zur Bildung und die Steigerung des Leistungsniveaus. „Lebenslanges Lernen“ gewinnt in unserer immer komplexeren und dynamischen Welt, in der handlungsrelevantes Wissen rasch veraltet, an Bedeutung. Dies hat weitreichende Konsequenzen für Lernzeiten, Lernverhalten wie auch für die Bildungseinrichtungen.

Die innere Einheit vollenden

Die innere Einheit Deutschlands zählt auch heute noch zu den zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen. Die in Westdeutschland nach wie vor hohe Akzeptanz des demokratischen Systems ist vor allem auch auf die Erfahrung der positiven wirtschaftlichen Entwicklung zurückzuführen. In Ostdeutschland sind die Akzeptanz unseres politischen Systems sowie das Verständnis für komplexe Strukturen und langwierige Mechanismen des Rechtsstaates geringer entwickelt. Gleichzeitig sind die Erwartungen an den Umfang und an die Fähigkeit staatlicher Leistungen hoch. Das zivilgesellschaftliche Leben und die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement bleiben schwach ausgeprägt.

Die Lebensverhältnisse in Ost und West sind immer noch ungleichwertig; die Bereitschaft zur Solidarität sinkt in Westdeutschland. Überforderung macht sich auf beiden Seiten breit. Vor dem Hintergrund der erlebten Transformation ist das Bedürfnis nach Konsolidierung und Stabilität im Osten groß, was zu erhöhtem Misstrauen gegenüber Reformen und supranationalen Einflüssen führt.

„Den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken“

Kulturelle Vielfalt

In der Zuwanderungsgesellschaft ist ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt eine gesellschaftliche Tatsache und Herausforderung für politisches Handeln. Der Pluralismus der Zuwanderungsgesellschaft erfordert gesellschaftliche Integration. „Integration“ ist eine dauernde Querschnittsaufgabe von Politik und Gesellschaft. Wir brauchen ein klares Leitbild für Integration, die Beschreibung, kritische Analyse und Evaluation von Integrationsprozessen, ein integrationspolitisches Gesamtkonzept, konkrete Integrationspolitiken und zivilgesellschaftliche Akteure, die mithelfen, dass Integration gelingen kann.

Integration ist Hilfe zur gleichberechtigten Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen an den zentralen Funktionsbereichen und Kerninstitutionen unserer Gesellschaft. Integration erfordert eine Politik der Anerkennung der fundamentalen Verfassungsprinzipien des demokratischen und sozialen Rechtsstaats und der vielfältigen „Identitäten“ auch von Minoritäten. Eine Politik der Anerkennung bewegt sich immer im Spannungsfeld zwischen der Akzeptanz kultureller Differenz und staatsbürgerlicher Gleichheit. Kulturell-pluralistische Gesellschaften können eine Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens sein. Sie sind aber auch besonders konfliktanfällige Lebensformen, weil sie Abschottung, Abgrenzung, Rückzug und schließlich Kommunikationsabbruch von Minderheiten begünstigen und das Entstehen von Parallelgesellschaften befördern können.

Politische Bildung ist ein Beitrag zur kritischen Diskussion von Migrations- und Integrationspolitiken und zum Erwerb interkultureller Kompetenz. Politische Bildung bietet Foren zum interkulturellen Dialog.

4. Gesellschaftlicher Strukturwandel im internationalen Kontext

Transnationale Demokratisierung

Die Erweiterung und Vertiefung Europas ist ein einzigartiger Erfolg. Frieden und Freiheit, Demokratie und sozialer Wohlstand sind in Europa in historisch beispiellosem Maß Realität. Die Überwindung von Teilung und Konflikten und die Etablierung der Europäischen Union als stabile und starke politische Kraft bergen enorme Chancen der Friedenssicherung für die gesamte Welt. Es stellen sich jedoch auch Fragen nach der politischen und kulturellen Identität Europas und der Demokratie in der EU. Die Europäische Union wird von einem Großteil der Bevölkerung noch nicht als Teil unserer staatlichen Verfassung wahrgenommen. Sie weckt zwar Hoffnungen, aber auch Ängste bei unseren Bürgerinnen und Bürgern. Integration und Gemeinschaftsbewusstsein im erweiterten Europa sind ungelöste Probleme.

Auch die internationale Gesellschaft unterliegt tiefgreifendem Wandel. Globalisierungstendenzen, die Internationalisierung von Politik, Ökonomie und Kultur zeigen immer deutlicher die Gestaltungsgrenzen nationalstaatlicher Politik und fordern den Aufbau von supranationalen Verantwortungsstrukturen. Die globalisierte Ökonomie verändert die Arbeitsmärkte, verschärft den Wettbewerb und verlangt stetige Innovationen in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Die Weltgesellschaft wächst enger zusammen, die allgemeine Akzeptanz eines verbindlichen Völkerrechts steigt. Die Fähigkeit zur globalen politischen Kooperation und Kommunikation erhöht sich jedoch nicht in gleichem Maße und die Vielfalt der Weltdeutungen und Kulturen tritt deutlicher zutage.

„Globale Demokratisierung fördern“

Im Globalisierungsprozess gibt es Gewinner und Verlierer; die Kluft zwischen beiden Seiten wird größer, und die Gewinner diktieren zunehmend die Spielregeln dieses Prozesses. Einige „global players“ streben nach einer Weltordnung, die auf dem Primat der Macht statt der des Rechts beruht. Auf der Verliererseite entsteht ein Nährboden für Fundamentalismus und Gewaltbereitschaft. Neue Strategien zur Friedenssicherung und Konfliktprävention gewinnen vor dem Hintergrund der Bedrohung durch internationalen Terrorismus an Bedeutung. Für die Bundesrepublik stellen sich dabei nach innen und außen gerichtet neue Fragen für den Grundkonsens in unserer Gesellschaft. Dazu gehört die Neuorientierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der Zukunft der Bundeswehr sowie das Spannungsfeld von innerer Sicherheit und Freiheit.

Globale öffentliche Güter

Die Globalisierung und Dominanz der Märkte und – demgegenüber – das Zurückbleiben politischer Kooperation gefährden die Sicherung und Finanzierung lebenswichtiger „öffentlicher Güter“. Dazu gehören die Rechts- und Sozialordnung, Frieden, Menschenrechte, intakte Umwelt, soziale Gerechtigkeit, persönliche Sicherheit, Bildung, Kultur sowie die Möglichkeit zur demokratischen Mitbestimmung. Der Markt sichert und pflegt diese „öffentlichen Güter“ nicht. Dies ist vielmehr Aufgabe des Staates, weil sie im globalen, wirtschaftlichen Wettbewerb systematisch vernachlässigt werden. Der Staat bzw. die Staatengemeinschaft sind dabei auf die Zusammenarbeit mit einer aktiven Zivilgesellschaft angewiesen.

Seit den neunzehnhundertachtziger Jahren wird nachhaltige Entwicklung als Leitlinie für politisches Handeln auf allen Politikebenen proklamiert. Auslöser dafür waren einerseits ökologische Krisenphänomene und andererseits die Kritik an der ungerechten Verteilung der Lebenschancen für Menschen in den verschiedenen Weltregionen. Nachhaltige Entwicklung zielt auf Gerechtigkeit für jetzige und künftige Generationen bei hohen ökologischen, ökonomischen und soziokulturellen Standards überall auf der Welt. Positive Ansätze wie die Klimaschutzpolitik des Kyoto-Prozesses bieten neue Chancen.

III. Unsere Arbeitsziele

1. Grundlagen

Wir stellen uns den neuen Herausforderungen

Wir bestimmen unsere Arbeitsziele im Hinblick auf die beschriebene gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen. Wir beziehen dabei ebenso die Erfahrungen und die Erwartungen aus der Alltagswelt unserer Adressaten mit ein. Zugleich orientieren wir uns – bei aller Vielfalt der Themen, Veranstaltungsformen und Teilnehmenden – an unseren Leitideen und Wertbindungen.

Die Grundwerte der Sozialen Demokratie mit ihrer besonderen Betonung der sozialen Voraussetzungen persönlicher Freiheit und der Gleichheit der Lebenschancen als Inhalt sozialer Gerechtigkeit sind maßgebliche Orientierungen für die Bestimmung all unserer Arbeitsziele.

Unsere politische Bildungsarbeit zielt auf Urteilsfähigkeit durch Sachkenntnis, die Fähigkeit zu Selbstbestimmung und Solidarität sowie auf soziale, kommunikative und politische Handlungskompetenz.

Bei der Entwicklung unserer Arbeitsprojekte verbinden wir auf je spezifische Weise unsere Ziele, die behandelten Themen und das Profil unserer Zielgruppen miteinander.

Die Identifikation mit den Grundwerten und Grundrechten der Demokratie steht im Mittelpunkt unserer Ziele. Mit unseren Angeboten wecken wir die Bereitschaft zur aktiven Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen und fördern die Befähigung zur kompetenten Teilnahme an einer demokratischen Streitkultur. All das sind Voraussetzungen für eine engagierte und informierte Auseinandersetzung mit anti-demokratischen, extremistischen Strömungen in unserer Gesellschaft.

Arbeitsbeispiel**Multiplikatoren-Fortbildung gegen Rechtsextremismus**

Ein Beispiel systematischer, nachhaltiger politischer Bildung gibt unsere Stiftung in Berlin mit ihrer Multiplikatoren-Fortbildung gegen Rechtsextremismus. In einem einjährigen Schulungsprogramm erhalten Lehrer/innen das fachliche Rüstzeug, um als Experten in ihrem Stadtbezirk tätig zu werden. Themen der zu absolvierenden Seminare sind z.B.:

- Strategien gegen den neuen Rechtsextremismus – Rechtsextreme Entwicklungen nach dem fehlgeschlagenen NPD-Verbot.
- Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland – Ein Vergleich auf den Handlungsebenen Politik, Kultur, Aktion und Gewalt.
- Die intellektuelle Neue Rechte als Scharnier zwischen Rechtsextremismus und Mitte der Gesellschaft.
- Die rechtsextreme Internationale: Ideologie, Vernetzung und Kooperation.
- Die Globalisierungsdebatte und der Rechtsextremismus.
- Die Rolle des Antisemitismus im Rechtsextremismus.
- Das Frauenbild in der rechtsextremen Szene.
- Zusammenhänge von Rechtsextremismus und Islamismus.

2. Zu Solidarität und Mitentscheidung motivieren

Wir stärken die Bereitschaft zu solidarischem Handeln in unserer zunehmend von Individualisierung geprägten Gesellschaft. Mit der Organisation von Dialogen tragen wir dazu bei, die Distanz zwischen den politischen Institutionen und Parteien und dem ihnen zunehmend gleichgültig gegenüberstehenden Teil der Bevölkerung zu verringern. Unsere Zuwanderungsgesellschaft erfordert die Motivation zum informierten und verständigungsorientierten, von der rechtsstaatlichen Demokratie geprägten Dialog zwischen den verschiedenen Kulturen und Religionen. Deren freiheitliche Integration und wechselseitige Anerkennung im Rahmen rechtsstaatlicher Demokratie ist ein Ziel unserer Arbeit.

„Zur wechselseitigen Anerkennung motivieren“

Unsere politische Bildungsarbeit zielt auf die friedliche und solidarische Zusammenarbeit zwischen allen Ländern, insbesondere zwischen dem reichen und dem armen Teil der Welt. Die Internationalisierung von Politik, Wirtschaft und Kultur erfordert Orientierungswissen über Erscheinungsformen und Folgen der Globalisierung unserer Lebensumstände. Wir wollen das Verständnis für die Chancen und Risiken dieser Entwicklungen stärken.

Wir fördern die Bereitschaft zur Mitentscheidung

Unsere Bildungsarbeit befähigt zur Mitentscheidung über die Modernisierung unserer Gesellschaft im Rahmen ihrer internationalen Bedingungen. Wir informieren über die vielschichtigen Einigungs- und Vertiefungsprozesse der Europäischen Union und stär-

ken das Gespür für die kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt im Rahmen gemeinsam geteilter politischer Identität der Bürgerinnen und Bürger.

Wir wollen unsere Teilnehmer motivieren und befähigen, auf die Nachhaltigkeit der Entwicklung in ihren unterschiedlichen Lebensbereichen hinzuwirken. Nachhaltigkeit verlangt den dauerhaften Schutz der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen.

Wir informieren über den Verlauf und die Struktur von politischen Entscheidungsprozessen und geben Orientierung über die vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten. Wir fördern das Interesse und die Kompetenzen für das Engagement in demokratischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und Bürgerinitiativen. Unsere Bildungsarbeit stärkt mit ihren Qualifizierungsangeboten die Motivation zur engagierten Teilhabe an politischen Prozessen. Sie vermittelt die notwendigen Kompetenzen zur Übernahme von Verantwortung in öffentlichen Ämtern und Mandaten.

Wir fördern die Verbesserung des Zusammenlebens der Geschlechter und Generationen und ein gesellschaftliches Klima, in dem sich individuelle Lebensentwürfe und Familienfreundlichkeit vereinbaren lassen. Wir klären über den demografischen Wandel in unserer Gesellschaft und die gesellschaftliche Veränderung der Rollenmuster in den Familien auf. Unsere Arbeit gibt Orientierung über die Handlungsfelder und Umsetzungsformen des *Gender Mainstreaming*. Wir geben Anregungen für neue Formen der Solidarität innerhalb der Familien sowie zwischen den Generationen und Geschlechtern.

Wir informieren und motivieren

Wir informieren über die tiefgreifenden Veränderungsprozesse in unserer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft, die viele Menschen durch strukturelle Arbeitslosigkeit und demografischen Wandel verunsichert. Wir organisieren Dialoge über den gerechten und nachhaltigen Umbau der sozialen Sicherungssysteme und über die Maßstäbe, die ihn leiten können.

Wir wollen zur Stärkung der inneren Einheit Deutschlands beitragen, über die unterschiedlichen Lebensumstände in unserem Land informieren und die Motivation wecken, an der Herstellung vergleichbarer Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland solidarisch mitzuwirken.

Wir betrachten die Auseinandersetzung mit der deutschen und europäischen Zeitgeschichte als ein wichtiges Fundament der politischen Kultur und des demokratischen Selbstverständnisses in unserem Land. Unsere politische Bildungsarbeit regt zur kritischen Beschäftigung mit der Geschichte an, vor allem mit unserer doppelten diktatorischen Vergangenheit im zwanzigsten Jahrhundert.

Unsere Medien-, Informations- und Wissensgesellschaft erfordert neue Handlungs- und Orientierungskompetenzen. Mit unserer Arbeit wollen wir sie vermitteln, damit die Bürgerinnen und Bürger gezielt und kritisch mit der zunehmenden Informations-

vielfalt umgehen können. Wir verbessern die Fähigkeit zur selbstbestimmten Nutzung der Massenmedien und des Internets und damit die Urteilsfähigkeit der Menschen.

Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wollte man die nahezu grenzenlose Vermehrung der Informationsangebote durch die Massenmedien mit politischer Bildung gleichsetzen. Da den Angeboten oft begründete Prinzipien der Auswahl und angemessene Hilfen für die Orientierung fehlen, führt diese Informationsflut häufig gerade zu zunehmender Desorientierung und Schwächung der Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger. Die Fähigkeit des Umgangs mit Art und Fülle von Informationsangeboten in der Mediendemokratie verlangt vielmehr vermehrte Anstrengungen und neue Wege politischer Bildungsarbeit sowie das verständigungsorientierte Gespräch. Ihnen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit.

3. Praktische Handlungskompetenzen

Ein großer Teil unserer Arbeit ist Trainingsprogrammen gewidmet, die unmittelbar auf praktische Handlungskompetenzen für das bürgerschaftliche und politische Engagement zielen.

Handlungskompetenzen: **Management und Politik**

Kenntnis und Anwendung der Grundlagen und Methoden erfolgreicher Verhandlungsführung, Umgang mit schwierigen Situationen und Gesprächspartnern durch faire Verhandlungstechniken, z.B. in Betriebsratsverhandlungen.

Souveränes Verhandeln in großen Netzwerken und „politisierten“ Situationen durch Strategieentwicklung, Kenntnis von und Umgang mit Blockadesituationen durch besondere Verhandlungstechniken und den Einsatz von Dritten zum richtigen Zeitpunkt.

Grundlagen und Kenntnis der Mindestvoraussetzungen erfolgreicher Projektarbeit, Projektziele erarbeiten und beschreiben und mit der Anwendung von Planungsinstrumenten wie Projektstrukturplan und Netzplanung und der dazugehörigen Software den Projektablauf planen, z.B. das Projekt „Schulen gegen Rechts“ in der Gemeinde.

Unterschiedliche Projektkonstellationen und Krisensituationen konstruktiv bewältigen durch Aufbau einer systematischen Projektstruktur (Meilensteine), Problemanalysen und Reviewtechniken.

Gestaltung, Kenntnis der Anwendungsfelder und kritische Reflexion von Partizipationsverfahren wie Open Space, Zukunftskonferenz und Zukunftswerkstatt und Rolle/Selbstverständnis als ModeratorIn.

Arbeitsgruppen, Besprechungen und Sitzungen ergebnisorientiert leiten; durch richtige Moderationstechniken Gespräche und Diskussionen in kleinen Gruppen themen- und teilnehmerorientiert moderieren und mit Hilfe von Visualisierungstechniken strukturieren und Ergebnisse festhalten, z.B. im Bildungsausschuss oder Elternbeirat.

Widersprüche und Konflikte frühzeitig erkennen, Reflexion eigener Konfliktstrategien und Anwendung von Methoden der Konfliktbearbeitung zur Entschärfung, Lösung oder fairen Austragung von Konflikten, z.B. im Umgang mit ehren- und hauptamtlichen Aktiven.

Grundtechniken der Präsentation, Konzepte, Projekte und Ergebnisse überzeugend vorstellen, visualisieren, Meinungen klar vorstellen, Themen strukturiert für eine Präsentation aufbereiten unter Berücksichtigung der Situation und der Zielgruppe, z.B. bei der Vorstellung eines Projekts zur Verkehrsberuhigung im Stadtrat.

Grundlagenkenntnisse für die gezielte Zusammenarbeit mit Printmedien zur erfolgreichen Platzierung eigener Meldungen und Berichte, das Schreiben und Verfassen spannender Reportagen und prägnanter Pressemitteilungen, Organisation von Pressekonferenzen und -Interviews, z.B. für Umweltaktionen im Rahmen der Lokalen Agenda 21.

Auf Fragen zu Inhalten, Zielen, zur Person oder zur Aufgabe der Organisation souverän reagieren, Botschaften prägnant und mediengerecht formulieren, Thema und Klima des Interviews aktiv mitbestimmen.

Kenntnisse und Einsatzmöglichkeiten der Methoden strategischer Kampagnenplanung (Ziele, Zielgruppen, Themen und Botschaften) zur konzeptionellen Planung und Umsetzung von Aktionen und Kampagnen z.B. zur Mitgliederwerbung.

Arbeitsbeispiel

Umgang mit Konflikten

Widersprüche und Konflikte frühzeitig erkennen, Reflexionen eigener Konfliktstrategien und Anwendung von Methoden der Konfliktbearbeitung zur Entschärfung, Lösung oder fairen Austragung von Konflikten.

Inhalte: Interessensgegensätze, gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen, Widersprüche und Konflikte sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel im politischen Alltag. Sie eröffnen immer auch Chancen zu positiven persönlichen und strukturellen Veränderungen. Um diese Chancen für sich selbst und die politische Arbeit zu nutzen, müssen wir mit Konfliktsituationen und -konstellationen konstruktiv und produktiv umgehen können.

Im Seminar geht es vor allem um die Analyse der Entstehung von Konflikten, die Entwicklungen von Lösungsstrategien, die verschiedenen Phasen der Konfliktlösung.

Methoden: Impulsreferate, Selbstreflexion, Arbeit an und Analyse von Fallbeispielen aus der gesellschaftspolitischen Praxis, Bearbeitung eigener Konfliktbeispiele, Gruppen und Plenumsarbeit.

Zielgruppe: Verantwortliche in Parteien, Vereinen, Verbänden, betrieblichen Interessensvertretungen.

Handlungskompetenzen: Kommunales Engagement

Die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben, Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten politischer Arbeit in der Kommune beschreiben, einschätzen und bürgerorientiert nutzen.

Die eigene Rolle sowie wichtige Zukunftsfelder definieren und die dafür hilfreichen Fähigkeiten und Schlüsselkompetenzen ausbilden, z.B. Selbstorganisation und Teamkompetenz als Anforderungen an ehrenamtlich Aktive üben.

Das komplexe Finanzsystem und den Ablauf der Finanzplanung durchschauen. Mit Hilfe strategischer Ziele und ergebnisorientierter Kennzahlen das kommunale Budget beeinflussen.

Grundkenntnisse der Bauleitplanung erwerben und die kommunale Entwicklung gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern voranbringen.

Die Verwaltung und die ausgegliederten Betriebe mit Zielvereinbarungen und Berichtswesen steuern und neue Ansätze zur Modernisierung von Strukturen und Abläufen anwenden.

Die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern wechselseitig vertiefen und im Sinne der Bürgerkommune gestalten. Die Bürger zum Engagement für das Gemeinwohl gewinnen, insbesondere den sozialen Zusammenhalt und Integrationsbemühungen fördern und einfordern.

Arbeitsbeispiel**KommunalForumOst – Kommunalpolitische Bildung in Ostdeutschland**

Für die Stiftungsarbeit in Ostdeutschland ist die kommunalpolitische Bildung von besonderer Bedeutung – wegen der herausragenden Rolle kommunaler Politik für demokratisches Zusammenleben und demokratisches Bewusstsein und zugleich der schwierigen Aufgaben, die die Kommunen zu bewältigen haben. Mit dem **KommunalForumOst** bieten die Landes- und Regionalbüros unserer Stiftung ein in den Arbeitsforen, Methoden und Themen differenziertes Qualifizierungs-, Beratungs- und Dialogangebot für die kommunale Politik, das von der Vermittlung kommunalpolitischen Handwerkszeugs über die Fachtagung bis zum öffentlichen Diskussionsforum reicht. Herausbildung von Kompetenz für das politische Engagement in der Kommune ist das zentrale Arbeitsziel.

IV. Wen wollen wir erreichen?

Unsere Bildungsangebote stehen im Grundsatz allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Die Teilnahme ist nicht an die Mitgliedschaft in Parteien, Verbänden oder Organisationen gebunden. Im Hinblick auf unsere Ziele und die begrenzten finanziellen und personellen Möglichkeiten müssen wir unser Arbeitsprogramm jedoch quantitativ und qualitativ profilieren.

Welche Adressaten wollen wir vorrangig ansprechen? Welche Zielgruppen wollen wir erreichen? Mit welchen Projektpartnern kann unsere Arbeit die größtmögliche Wirkung erzielen?

Wir entwickeln unsere Projekte sowohl angebots- wie nachfrageorientiert: Je nach den aktuellen Defiziten der politischen Kultur in unserem Lande, den grundlegenden Problemen der Politik, den Realisierungschancen für Reformpolitik Sozialer Demokratie und dem personenbezogenen politischen Weiterbildungsbedarf der Aktivbürger in politischer Verantwortung, im Ehrenamt und im bürgerschaftlichen Engagement machen wir unsere Informations-, Dialog-, Beratungs- und Qualifizierungsangebote. Dabei berücksichtigen wir die vielfältigen Anregungen und Impulse, die uns von Teilnehmer/innen, engagierten Gruppen, Initiativen und politischen Aktivbürgern gegeben werden.

Auf der Grundlage unseres Leitbildes „Förderung und Stärkung der Sozialen Demokratie“ gewinnen wir die unterschiedlichen Kategorien der Adressaten, Zielgruppen und Projektpartner, für die wir unsere Angebote vorrangig planen.

Die Zielsetzung einzelner Projekte kann im Sinne pädagogischer Effizienz die Bildung homogener Teilnehmergruppen erfordern. Dies gilt insbesondere, wenn an gemeinsame Erfahrungen, Betroffenheit oder soziale Situationen als Ausgangspunkt für Lernprozesse angeknüpft werden kann. Dabei bleibt uns wichtig, dass alle, die ihren Wunsch nach individueller politischer Weiterbildung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung verwirklichen wollen, ein geeignetes Angebot bei uns finden.

1. Bürgerinnen und Bürger, die politische Information und Orientierung suchen

Wichtige Adressaten sind für uns all jene, die ihren Wunsch nach individueller politischer Weiterbildung aufgrund ihrer politischen oder alltagskulturellen Wertentscheidungen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung verwirklichen wollen.

Besonders Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Chancen zu politischer Weiterbildung eingeschränkt sind, werden wir weiterhin mit Angeboten zur Nutzung vorhandener Freistellungsmöglichkeiten für die politische Arbeitnehmerweiterbildung ansprechen.

Wir bieten Möglichkeiten, die Chancen eines längeren Lebens aktiv durch Teilnahme an politischer Bildung zu nutzen und Erfahrungen einzubringen, wir fördern den Dialog zwischen den Generationen.

Vor allem jene, die auf ihrem bisherigen Lebensweg nur geringe oder keine Chancen zum Erwerb politischer Bildung und politischer Handlungskompetenz hatten, sind uns willkommen, wie immer sich im einzelnen ihre Zugehörigkeit zu einer sozialen, kulturellen, politischen Gruppierung auch beschreiben lassen mag.

2. Aktive in der Zivilgesellschaft

Zur politischen Weiterbildung gehört nicht nur die thematische Arbeit an den Problemen, die die Gesellschaft diskutiert, sondern ebenso Beratung und Kompetenztraining für effektives Bürgerhandeln in Initiativen und Organisationen. Die Aktiven in der Zivilgesellschaft wollen wir unterstützen, soweit ihr Engagement dem Gemeinwohl verpflichtet ist und eine gesellschaftspolitische Perspektive hat. Dazu bieten wir u.a. an:

- Die Organisation von Diskussions- und Bürgerforen zur Erörterung politischer Probleme und Handlungschancen.
- Die Vermittlung von problembezogenem Sachwissen in politischen Seminaren.
- Die Stärkung des politischen Selbstbewusstseins als Grundlage des staatsbürgerlichen Engagements.
- Die Bereitstellung eines handlungsentlasteten Raums zur gemeinsamen Reflexion von Erfahrungen.
- Die Vermittlung von Organisations- und Kommunikationskompetenzen.

3. Multiplikator/innen mit Einfluss auf das gesellschaftliche Reformklima

Soziale Demokratie verlangt die dauernde Fähigkeit und Bereitschaft der Gesellschaft zum Wandel. Reformen mit Zustimmung von Mehrheiten und im Interesse künftiger Generationen bedürfen eines gesellschaftlichen Reformklimas. Es entsteht durch die zeitgerechte und offene Diskussion der anstehenden Probleme und Reformprojekte und die Lernbereitschaft der Gesellschaft.

Wir richten unser Angebot an Fachtagungen, Dialog- und Informationsveranstaltungen besonders an die Angehörigen der Gruppen, die maßgebend das gesellschaftliche Reformklima prägen, erhalten und weiterentwickeln.

4. Jugend und politischer Nachwuchs

Demokratie kann nicht vererbt, sie muss von jeder Generation neu gelernt werden. Eine Demokratie, von der sich die Jugend abwendet, hat keine Zukunft. In dieser Überzeugung widmen wir einen wichtigen Teil unserer Arbeit der Entwicklung von Formen des politischen Lernens und des politischen Engagements, die auch Jugendlichen Spaß machen. Wir wollen insbesondere Jung- und Erstwähler für Politik interessieren und ihre Bereitschaft zur demokratischen Teilhabe wecken. Wir wollen auch den Nachwuchs für das politische Ehrenamt fördern.

Arbeitsbeispiel

Fishbowl-Talkrunde „Wählen gehen?! Ja! Ab welchem Alter?!“

Im Rahmen der Jugendkonferenz „Wir haben losgelegt! Demokratie zum Mitmachen und Weitersagen“

Was halten junge Menschen, die von den vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten in unserem demokratischen System Gebrauch machen, vom Thema „Wahlen“ als wichtigstem konventionellen Instrument politischer Teilhabe? In einer „Fishbowl-Talkrunde“ unter dem Motto „Wählen gehen?!“ Ja! Ab welchem Alter?!“ debattierten der Juso-Bundesvorsitzende sowie ein Vorstandsmitglied der Jugendpresse Deutschland e.V. mit anderen Jugendlichen über Sinn und Zweck von Wahlen und vor allem über das angemessene Wahlalter. „Wahlrecht ab Null“, wie verschiedentlich diskutiert, stieß auf Skepsis. Aber eine Absenkung des Wahlalters auf 16 oder gar 14 Jahre wurde doch von den meisten Jugendlichen gewünscht. Marie-Luise (17) äußert allerdings Zweifel, ob sie „eine gute Wählerin“ sei – d.h. fähig, nach sorgfältiger Information über verschiedene Parteiprogramme auch verantwortungsbewusst die richtige Entscheidung zu treffen.

Einige Teilnehmer/innen gaben zu bedenken, dass gerade Erstwähler den rechtsextremen Parteien in Ostdeutschland Auftrieb verliehen hätten, dass also eine verstärkte politische Bildung und Aufklärung begleitend notwendig wäre. Über die Frage eines NPD-Verbots diskutierten die Jugendlichen genauso kontrovers wie Erwachsene. Julian (16) erhielt für sein Plädoyer für ein Verbot heftigen Applaus: „Warum sollen wir tolerant gegenüber einer Partei sein, die die Menschenwürde mit Füßen tritt und gegen zahlreiche Grundrechte verstößt?!“

Das „Fishbowl-Format“ ist einer der partizipativsten und dynamischsten Diskussionsformen in Großgruppen. Im „Fishbowl“ gibt es einen inneren Stuhlkreis, in welchem unter Leitung eines/r Moderator/in diskutiert wird, und äußere Stuhlkreise für alle Teilnehmer/innen. Diese haben jeder Zeit die Möglichkeit, auf einem freien Stuhl im inneren Kreis Platz zu nehmen und sich temporär an der Diskussion zu beteiligen. Viele der anwesenden Jugendlichen standen mehrfach Schlange, um mitdiskutieren zu können. Was bedeutet: Wahlbeteiligung und Demokratie sind Themen, die nicht „out“ sind!

5. Multiplikator/innen in Parteien und Parlamenten

Die persönliche Weiterbildung von Aktiven im politischen Ehrenamt und Mandatsträgern auf unterschiedlichen Ebenen hat eine besondere gesellschaftspolitische Bedeutung, weil sie auch vielen anderen zugute kommt. Funktionsträger in Initiativen und Parteien, Mandatsträger und Bürgerinnen und Bürger, die in der Gesellschaft Verantwortung übernehmen, empfinden oft Defizite an Orientierungs- und Handlungswissen und an praktischer Handlungskompetenz. Das beschränkt die wirksame Wahrnehmung ihrer selbstgewählten Aufgabe im Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger.

Es ist aber diese Gruppe, von der das Funktionieren der Demokratie, die Entfaltung politischer Kultur in der Praxis und das Vertrauen der Bürger in die Demokratie entscheidend abhängt. Mit Kompetenztraining, Politikberatung, Seminaren und Lernprojekten und der Einbeziehung der Aktiven in öffentliche Dialoge entsprechen wir ihrem Weiterbildungsbedarf.

6. Multiplikator/innen aus dem Bereich Medien und Kultur

Wir wollen mit einem Informations-, Bildungs- und Dialogangebot für Journalisten und den journalistischen Nachwuchs die Themen und Wertgrundlagen der Sozialen Demokratie im öffentlichen Diskurs zur Geltung bringen, um damit einen Beitrag zur erforderlichen Meinungsvielfalt in der Demokratie zu leisten. Dies wollen wir durch Professionalisierung, Qualifizierung, Netzwerkbildung und durch intensive Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten zwischen Politik, Medienverantwortlichen und Journalisten ermöglichen.

Kunst und Kultur sind Elemente einer lebendigen Demokratie. Wir wollen den Dialog über die Bedeutung der Kunst und die Rolle des Künstlers in der sich verändernden Gesellschaft führen. Die Spannungen zwischen einer vor allem in den neuen Medien marktwirtschaftlich erfolgreichen Massenkultur und Kunstwerken, die nur wenige erreichen können und wollen, bedarf andauernder kulturpolitischer Reflexion.



Adressaten, Zielgruppen, Projektpartner/innen:

Aus Gründen einer möglichst genauen Bestimmung unserer Zielgruppen und ihrer Erreichbarkeit in ihren verschiedenen politischen, lebensweltlichen und beruflichen Zusammenhängen haben wir uns für eine bewusste Mischung verschiedener Kategorien entschieden. Die daraus resultierenden Überschneidungen bei einigen der Zielgruppen soll deren Erreichbarkeit für uns auf verschiedenen Wegen erhöhen.

1. Bürgerinnen und Bürger, die politische Information und Orientierung suchen

1. 1. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bildungsurlaub
1. 2. Aktive Senioren

2. Aktive in der Zivilgesellschaft (Handlungsfelder und Initiativen)

2. 1. Kindheit, Jugend, Eltern und Familie; z.B. Elterninitiativen
2. 2. Wohnen, Wohnumfeld, Verkehr, Freizeit und Konsum; z.B. Mieterinitiativen
2. 3. Geschlechter, Sexualität und Lebensformen; z.B. Fraueninitiativen
2. 4. Leben im Alter; z.B. Senioren/innen-Vertretungen
2. 5. Kultur und Medien; z.B. Kulturinitiativen
2. 6. Bildung, Wissenschaft und Technologie; Zukunftswerkstätten
2. 7. Gesundheit, Leben und Sterben; z.B. Selbsthilfegruppen
2. 8. Ökonomie, Arbeit und Beruf; z.B. Beschäftigungsinitiativen
2. 9. Soziale Problemlagen; z.B. Migrantenorganisationen
- 2.10. Umwelt und Natur; z.B. Umweltgruppen
- 2.11. Globalisierungs- und Entwicklungspolitik; z.B. Menschenrechtsgruppen
- 2.12. Weltanschauung und Religion; z.B. Kultur- und Glaubensgemeinschaften

3. Multiplikator/innen mit Einfluss auf das gesellschaftliche Reformklima

3. 1. Wissenschaftler/innen
3. 2. Lehrer/innen
3. 3. Sozial- und Erwachsenenpädagogen/innen
3. 4. Betriebliche Arbeitnehmervertreter/innen
3. 5. Vertreter/innen von Wirtschaft und Gewerkschaften
3. 6. Verbandsvertreter/innen
3. 7. Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung
3. 8. Verantwortliche in Bundeswehr und Polizei
3. 9. Ehemalige FES-Stipendiaten/innen

4. Jugend und politischer Nachwuchs

4. 1. Mitwirkende bei Schüler- und Jugendzeitschriften
4. 2. Schülervertretungen
4. 3. Jugendliche im politischen Ehrenamt
4. 4. Betriebliche Jugendvertretung
4. 5. Jugendliche im bürgerschaftlichen Engagement
4. 6. Studentenvertreter/innen
4. 7. Stipendiaten/innen der FES
4. 8. Konfliktlotsen/Projekt-Engagierte
4. 9. Modellprojekte für Benachteiligte
- 4.10. Schulprojekte im Bereich Politik und Zeitgeschichte

5. Multiplikator/innen in Parteien und Parlamenten

5. 1. Aktive im politischen Ehrenamt
5. 2. Mandatsträger/innen auf lokaler/kommunaler, auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene

6. Multiplikatoren aus dem Bereich Medien und Kultur

6. 1. Journalist/innen
6. 2. Journalistenverbände
6. 3. Jugendmedien/-verbände
6. 4. Medienverantwortliche
6. 5. Künstler/innen
6. 6. Kulturvermittler/innen
6. 7. Kulturmanager/innen

V. Arbeitsformen und Praxisbeispiele

1. Planungsprinzipien

Flexibilität und Bürgernähe

Flexibilität und Bürgernähe kennzeichnen unsere politische Bildungsarbeit. Die optimale Verknüpfung von Lerninhalten, Themen und Zielgruppen mit den Methoden und den jeweiligen Orten im Rahmen der verfügbaren Ressourcen ist ein dynamischer Prozess, in dem wir unsere Bildungsangebote umsetzen.

Angesichts der Herausforderungen, die das Medien- und Informationszeitalter stellt, richten wir unsere Angebote an den Prinzipien einer größeren Regionalisierung, Flexibilisierung und Differenzierung aus. Dabei setzen wir ein breites Spektrum von Methoden in unterschiedlichen Lernorten ein.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit hat sich vom Betrieb fester Tagungshäuser hin zu einem Netzwerk von festen und wechselnden Tagungsstätten verschoben. Mit dieser Regionalisierung unseres Angebots sind wir für die Teilnehmer besser zu erreichen. Sie ermöglicht einen stärkeren lokalen Bezug bei der Gestaltung der Themen und beim Einsatz der Referenten. Politik wird so vor Ort erlebbar. Politisches Handeln und Argumentieren kann mit Bezug zum eigenen Wirkungsfeld alltagsnah erlernt werden.

Andererseits kann gemeinsames Lernen und Trainieren gelegentlich auch Abstand zum Alltag erfordern. Unsere Akademien bieten Gelegenheit für konzentriertes Arbeiten im kleinen Kreis. Mit der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel verfügen wir über einen geeigneten und traditionsreichen Lernort. Darüber hinaus sind uns mit der Gesellschaft für Politische Bildung in der Akademie Frankenwarte in Würzburg und der Georg-von-Vollmar-Akademie e.V. in Kochel weitere Häuser verbunden.

„Aufgabengerechte Vielfalt“

Das Internet ist, zumal für Jugendliche, zu einer wesentlichen Informationsquelle für das politische, wirtschaftliche und soziale Leben geworden. Mit unseren Online-Angeboten haben wir „virtuelle“ Plattformen geschaffen, mit der wir neue Wege der Vermittlung demokratischer Inhalte, Qualifikationen und Werte beschreiten. Unsere Online-Angebote ermöglichen individuelle, räumlich und zeitlich ungebundene Lern-, Informations- und Diskussionsmöglichkeiten. Damit schaffen wir ein zusätzliches Angebot für „traditionelle“ Zielgruppen, können aber auch Menschen erreichen, die sonst der politischen Bildung fern stehen.

Der „Mehr“-Wert politischer Bildung besteht darin, dass sie neben der Vermittlung von aktuellem und vertiefendem Faktenwissen auch die affektiven, emotionalen und sozialen Kompetenzen der Teilnehmenden steigert. Diese Kompetenzen können in erster Linie durch soziale Interaktion, die direkte Begegnung und durch reflexives Lernen in realen Gruppen erlernt werden. Die persönliche Begegnung steht im Mittelpunkt unserer Angebote.

2. Vier Säulen unserer Bildungsarbeit

Unsere Bildungsarbeit basiert auf den vier „Säulen“ *Politikvermittlung, Seminare und Lernprojekte, Kompetenztraining* und *Politikberatung*. Diese Arbeitsformen sind idealtypisch zu verstehen; in der Praxis können sie auch ineinander übergehen. Jede dieser Säulen trägt auf ihre eigene Weise zur Entwicklung der politischen Kultur der Demokratie und zur Verbesserung der Urteils- und Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger bei. Die jeweiligen Methoden wählen wir nach Kriterien der optimalen Erreichung der Kernziele unserer politischen Bildungsarbeit aus. Dabei verfolgen wir die Prinzipien einer größtmöglichen Aktivierung und Beteiligung der Teilnehmenden.

Die veränderte Arbeitswelt und die Mediatisierung politischer Information haben den Spielraum für politische Bildung enger werden lassen. Tendenziell steigt die Präferenz für kurze Veranstaltungen. Ein Beispiel sind die Akademiegespräche, Regionalforen und Gesprächskreise, mit denen wir den öffentlichen Dialog an den Schnittstellen von Gesellschaft und Politik fördern. In unserer politischen Seminararbeit ist das Eineinhalb-Tage-Seminar die bevorzugte Form der intensiveren Auseinandersetzung mit einem Thema.

Auch wenn immer mehr Teilnehmende Kurzzeitveranstaltungen bevorzugen, berücksichtigen wir gleichwohl die bleibende Nachfrage nach Lernen und Trainieren im längeren Zeitraum. Wir laden Bürgerinnen und Bürger, die gesellschaftlich oder politisch aktiv sind oder werden wollen, zum intensiven Dialog über Themen und zu nachhaltigem Kompetenztraining in Wochenend- und Wochenseminaren ein. Mehrtägige Veranstaltungen finden in den Räumen unserer Regional- und Landesbüros im Verbund mit benachbarten Hotels, in externen Tagungsstätten, in unserer Akademie in Bad Münstereifel oder in den uns verbundenen Akademien in Würzburg und Kochel statt.

In der Politikberatung vermitteln wir oft in nicht festgelegter zeitlicher Begrenzung Kenntnisse und Kompetenzen, die auf die unmittelbare Verbesserung der Handlungsfähigkeit der politischen Akteure zielen. Dies geschieht durch Vermittlung von Informationen, Analysen, Gutachten oder durch Hintergrundgespräche. In der Regel erfordert die Politikberatung einen längerfristigen Dialog zwischen Experten und Akteuren.

Künstlerisch-kulturelle Veranstaltungen ergänzen das Angebot der Akademien und Regional- und Landesbüros unserer Stiftung.

2.1. Politikvermittlung – Informations- und Dialogangebote

Foren und Dialogreihen sind Beiträge zur öffentlichen Diskussion wichtiger und aktueller Themen in Politik und Gesellschaft, oft auf städtische Zentren, eine Region oder ein Politikfeld bezogen. Sie tragen zum politischen Dialog und zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels bei, indem sie Gelegenheit zur Verständigung und zum Kompetenzerwerb für gesellschaftspolitisch Interessierte, Fachkundige und politische Akteure bieten.

Die Methoden:

- Podiumsdiskussion (auch mit Live-Streaming im Internet),
- Gesprächskreis (in kleinerem oder erweitertem Rahmen),
- Akademiegespräch (thematisch oder durch beteiligte Personen herausgehobene Veranstaltung).

Symposien, Kongresse und Fachtagungen sind ein- oder mehrtägige Veranstaltungen, die ein Schwerpunktthema mit Experten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Medien vor einem fachkundigen und -interessierten Publikum zur Debatte stellen.

Die Methoden:

- Vortrag,
- Podiumsdiskussion (auch mit Ergänzung durch Workshops),
- Expertenbefragung.

Die Online-Akademie bietet im Internet politische Lern-, Informations- und Diskussionsmöglichkeiten. So werden praxisnahe Möglichkeiten für die politische Bildungsarbeit, das Selbststudium und den offenen Austausch geschaffen.

2.2. Seminare und Lernprojekte

Seminare als Kurz-, Wochenend- und Wochenveranstaltungen sind eine wesentliche Angebotsform unserer politischen Bildungsarbeit. Sie wenden sich entweder an bestimmte Gruppen oder sind für alle Interessenten offen. Entsprechend unterschiedlich sind die pädagogisch-didaktischen Arbeitsformen. Bei homogenen Zielgruppen sind die Lernziele, Themen und Methoden unmittelbar adressatenorientiert ausgerichtet. Bei heterogenen Gruppen, dem Normalfall in der Erwachsenenbildung, stehen die Entwicklung der Fähigkeiten zum Diskurs und zum verständnisorientierten Gespräch im Vordergrund. Lernprojekte für spezielle Zielgruppen können längerfristig angelegt sein und bedienen sich eines breiten Repertoires an Methoden.

Die Methoden:

- Vortrag und Diskussion,
- Lernen im Wechsel von Plenums- und Kleingruppenarbeit,
- Planspiel,
- Open Space,
- Blended Learning,
- Sokratisches Gespräch.

Arbeitsbeispiel

Open Space**„Jugend im gewaltfreien Raum – Wir tun was gegen Mobbing!“**

Hänseln, lästern, ignorieren – so fängt es häufig an. Für die Betroffenen alles andere als lustig. Denn oft entwickelt sich aus „harmlosen“ Anfängen handfester Psychoterror.

Welche Mittel und Möglichkeiten haben wir, und wie können wir sie gemeinsam einsetzen, um Mobbing und Ausgrenzung gar nicht erst zum Zuge kommen zu lassen? Wie können wir in unserem täglichen Umfeld dazu beitragen, Aggressionen und Vorurteile gegenüber anderen Menschen abzubauen oder gar nicht erst entstehen zu lassen? Was brauchen wir selbst, um dieser Herausforderung zu begegnen?

Wie können wir Toleranz und Zivilcourage als Markenzeichen unserer Schule nach innen und außen deutlich machen? Wer unterstützt uns dabei? Mit wem arbeiten wir daran gemeinsam?

Gerade Jugendliche setzen sich vielfach für ein friedliches Miteinander ein. Daher wollen wir mit dem Open Space als einer interdisziplinären Ideenwerkstatt erreichen, dass

- Initiativen gegen Mobbing und für ein tolerantes, von wechselseitigem Respekt geprägtes Miteinander breiter bekannt werden,
- diese Initiativen und Projekte enger vernetzt werden und
- neue Sichtweisen, Denkanstöße und Kooperationen in die Schulen und den Kiez hineingetragen werden.

Im Open Space können wir für ein gewaltfreies, von gegenseitigem Respekt und interkulturellem Verständnis geprägtes Lern- und Lebensumfeld streiten und arbeiten.

2.3 Kompetenztraining

Ausbildungsprogramme, zum Teil modular angelegt, wenden sich an Führungs- und Nachwuchskräfte, die besondere Qualifikationen für ein schon realisiertes oder angestrebtes politisches Engagement suchen. Die Arbeitsformen sind auf die Anforderungen der Zielgruppe zugeschnitten. Sie verbinden die Vermittlung von methodischen und fachlichen Kompetenzen mit Hintergrundgesprächen. Einzelne Komponenten des Trainings bauen in zeitlicher Abfolge aufeinander auf und verschränken sich. Der Handlungsbezug steht im Mittelpunkt. Wir bieten *Kompetenztraining* für politisch Aktive, besonders Nachwuchs- und Führungskräfte, bzw. ausgewählte Zielgruppen vor allem in den Bereichen *Organisation, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit* sowie zu aktuellen politischen Themen. Ziel ist es, Schlüsselqualifikationen und -kompetenzen für Management- und Kommunikationsaufgaben im gesellschaftspolitischen Ehrenamt zu erweitern und zu vertiefen.

Die Methoden:

- Wochenendseminare (zum Teil aufeinander aufbauend) mit einer Mischung aus input-orientierten Methoden (Impulsreferat, Kurzfilm, „Kamin“- oder Lehrgespräch), lern- und handlungsleitende Methoden (Plan-/Rollenspiel, Gruppen- und Einzelarbeit, Mind Mapping, Kreativitätstechniken) und auswertungs-orientierte Methoden (Blitzlicht, Feedback, Reflexionsgruppe, Prozessanalyse, Beratungsgespräch).
- Verhaltens- und zielorientiertes Training,
- Simulationen (z.B. im Medientraining),
- E-Learning.

Arbeitsbeispiel**Kommunikationsmanagement der Akademie Management und Politik**

Das Ausbildungsziel ist die Kommunikations- und Medienkompetenz von Entscheidungspersonen und Mandatsträgern; der Ausbildungsgang wird mit einem Gesamtzertifikat abgeschlossen.

Struktur: 10 Module zu den Themen

- Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit
- Rhetorik Basis
- Präsentationstraining
- Aktionen und Kampagnen
- Interviews geben
- Pressearbeit
- Zukunft gestalten – Betroffene zu Beteiligten machen
- Visuelle Kommunikation
- Netzwerke effektiv steuern
- Informations- und Wissensmanagement

Die Module sind inhaltlich verzahnt und bieten jeder/m Teilnehmenden die Möglichkeit, die Reihenfolge nach Neigung, Können und Fähigkeiten selbst zu bestimmen; zudem sind die drei Seminare zur Öffentlichkeitsarbeit, Rhetorik und Präsentation die inhaltliche Brücke zum Ausbildungsgang Organisationsmanagement. Sie werden dort auch als Bestandteil der Ausbildung anerkannt.

Zusätzlich bietet der Ausbildungsgang Kommunikationsmanagement mit dem Medienset „Interviews geben“ ein interaktives Selbstlernprogramm, mit dem sich Interessierte Grundlagenkenntnisse zu öffentlichen Auftritten und Interviews im Selbststudium und mit online-Begleitung aneignen und/oder ihr Wissen vertiefen können.

Zielgruppe dieses Ausbildungsganges sind insbesondere Verantwortliche in ehrenamtlichen Führungsfunktionen, Mandatsträger und -kandidaten, Pressebeauftragte in Vereinen und Parteien.

2.4. Politikberatung

Politikberatung leisten wir als gezielte *Informationsvermittlung* mit Hilfe aktueller Gutachten, Analysen und Publikationen sowie in Hintergrundgesprächen mit Experten.

Die Methoden:

- Fachtagung,
- Planungszelle/Bürgerplanungszelle,
- Experten-Hearing/-Gesprächskreis,
- Bereitstellung von Informationsmaterial.

Arbeitsbeispiel

Schriftenreihe „Islam und Gesellschaft“

„Auf dem Kopf und in dem Kopf – Der Kopftuchstreit und die Muslime“

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. September 2003 zur Berechtigung einer muslimischen Lehrerin, das Kopftuch auch im Unterricht zu tragen, hat eine breite und kontroverse gesellschaftliche Debatte ausgelöst. Der Kopftuchstreit, der 1998 mit der Weigerung des Stuttgarter Oberschulamtes begann, die Lehrerin Fereshda Ludin wegen ihres Beharrens, das Kopftuch zu tragen, in den Schuldienst zu übernehmen, ist deshalb so lang, kontrovers und bitter, weil er das Selbstverständnis einer Zuwanderungsgesellschaft berührt. Es geht im Kern um das politische Management von Differenz, es geht um die Frage, wie die unvermeidliche Spannung zwischen partikularen religiös-kulturellen Identitäten von Minderheiten, die Anspruch auf Förderung erheben, mit der Forderung nach Integration zu einem Ausgleich gebracht werden kann. Der Kopftuchstreit hat eine religionspolitisch-verfassungsrechtliche, integrationspolitische, frauenpolitische und bildungspolitisch-pädagogische Dimension.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat mit der Einrichtung des Referats „Interkultureller Dialog“ die Themenfelder Migration und Integration unter besonderer Berücksichtigung des Diskurses zu Theorie und Praxis des Multikulturalismus sowie religionspolitischer Fragestellungen (Säkularisierung, Staat, Kirche, Weltreligionen und Weltethos) aufgegriffen. Das Referat bietet neben Veranstaltungen (Fachtagungen, Konferenzen, Workshops, Podiumsdiskussionen etc.) Materialien zur Diskussion.

Die Reihe „Islam und Gesellschaft“ ist sowohl für einen Kreis interessierter und mit den Grundfragen des Themenfeldes vertrauter Laien als auch für Experten und Politiker konzipiert. Die Friedrich-Ebert-Stiftung trägt mit Informationen und kritischen Beiträgen zu den aktuellen Diskursen im Themenfeld Migration und Integration zur Meinungsbildung bei.

Politische Bildung in der FES				
	Politikvermittlung	Seminare/Lernprojekte	Kompetenztraining	Politikberatung
Präsenz-Angebote	Öffentliche Dialoge Regionalforen Themenforen Gesprächskreise Fachkonferenzen	Themen erarbeiten Verständigung lernen Kultur erleben Jugendtalk und Jugendtage Planspiele und Simulationen Open Space	Medientraining Qualifizierung für politisches und bürgerschaftliches Engagement Akademie Management und Politik KommunalAkademie JournalistenAkademie JugendmedienAkademie	Wissenschaftsdialoge Expertenhearings Policy Papers
	Online-Angebote	„Blended Learning“ Arbeitsmaterialien Lernpartnerschaften Online-Akademie eCampus	„Blended Learning“ Arbeitsmaterialien Medienseit „Interviews geben“ eCampus Online-Netzwerke	Publikationen Analysen Expertenforen

3. Ausgewählte Methoden und gelungene Praxisbeispiele

3.1. Innovative Methoden

„Blended Learning“ bezeichnet die Verschränkung von Präsenz- und Online-Lernen und dient der Vor- und Nachbereitung sowie der Erweiterung und Vertiefung unserer Präsenzveranstaltungen. Es ermöglicht den Austausch von Ideen und Materialien der Teilnehmenden in passwortgeschützten oder offenen Onlinebereichen. Unsere Blended-Learning-Komponenten bieten Interaktionsmöglichkeiten, die Kombination aus Live-stream- und Präsenzkonferenzen oder auch die Möglichkeit, Lernpartnerschaften zu begründen und Arbeitsgruppen oder Diskussionsforen einzurichten. In Form von Mediatheken stellen wir ergänzende Informationsangebote zur Verfügung, außerdem werden in ihnen die Ergebnisse unserer „klassischen“ politischen Bildungsarbeit nachhaltig gesichert. Auf diese Weise können unsere Arbeitsangebote in Präsenzform von der reinen Wissensvermittlung entlastet und verstärkt Fragen der Anwendung gewidmet werden.

„**Open Space**“ ist eine Ideenwerkstatt, in der die Teilnehmenden zu Akteuren werden. Die Teilnehmer/innen organisieren ihre Zusammenarbeit selbst, stellen ihre Ergebnisse vor und können an verschiedenen Themen arbeiten. Die Dauer eines Open Space ist variabel von mehrstündig bis mehrtägig; die Zahl der Teilnehmenden ist theoretisch offen. Es gibt dabei kein vorgegebenes Programm, keine Podiumsdiskussionen unter Fachleuten, keine Folien oder langes Stillsitzen, das endlich durch Kaffeepausen unterbrochen wird. Alle Anwesenden sind gleichberechtigt und gleichermaßen wichtig. Alle haben die Möglichkeit, ihre Anliegen zu benennen und mit anderen Teilnehmenden in unterschiedlichen Formen daran zu arbeiten. Die gesamte Arbeits- und Zeitplanung gestalten die Teilnehmenden unter Anleitung eines „Begleiters“ (auch Moderator oder Facilitator genannt) selbst.

„**Planspiel**“ ist die Simulation von realen Prozessen. Sie zielt darauf, eine politische Situation oder einen Fall im Hinblick auf eine Lösung oder ein Ziel hin durchzuspielen. Für die Spielhandlung werden komplexe politische Entscheidungssituationen und Strukturen elementarisiert und damit transparent. Die Lernenden werden in die Lage versetzt, sich mit verteilten Rollen in vorgegebene Interessenpositionen hineinzudenken.

„**Projektwochen**“ in Schulen werden von uns in verschiedener Form begleitet – z.B. um Schulklassen dabei zu unterstützen, den Ursachen und Folgen rechtsextremer Gewalt zur Zeit des Nationalsozialismus und heute nachzuspüren. Ein solches Programm schließt die Analyse von Opferschicksalen und des Werdegangs von Tätern mit Hilfe historischer Dokumente und Zeitungsartikel, den Besuch von Gedenkstätten sowie Rollenspiele, die den Bogen zu aktuellen Ereignissen schlagen, ein.

„**Sommer-Akademie**“ ist in der Regel eine mehrtägige oder -wöchige Bildungsveranstaltung, die vor allem Elemente des erfahrungsorientierten Lernens mit input-orientierten Methoden verbindet. Ihre sozialen Interaktionsformen sind Workshops, Erkundung, Diskussion und Debatte, Gruppenarbeit, Rollen- und Planspiele. Große Bedeutung kommt künstlerischen, kulturellen sowie freizeitorientierten Angeboten zu.

„**Jugendplanungszelle**“ ist eine neu entwickelte Methode der Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Planungs- bzw. Entscheidungsprozessen. Sie ist ein Beteiligungsprojekt, in dem Jugendliche in Entscheidungsprozesse direkt mit einbezogen werden. In Absprache mit der Stadt- oder Gemeindeverwaltung wird eine konkrete Aufgabe gestellt, zu der die Jugendlichen sich u.a. durch Informationsgespräche und Vor-Ort-Besuche kundig machen. In einem moderierten Gruppenprozess erarbeiten sie eigene Lösungsvorschläge, die in einem abschließenden Gutachten der Verwaltung und der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Diese konkreten Aufgaben können sich auf Jugendfreizeitmöglichkeiten, Stadtplanung u.v.a. beziehen.

3.2. Arbeitsprojekte

Bereich Kompetenztraining

Ehrenamtliches Engagement fördern

(Aufbauseminar/Kurzseminar)

Lernziel: Innere und äußere Faktoren sowohl innerhalb einer Organisation als auch bei den Beteiligten identifizieren, die ein aktives Engagement verhindern, und Voraussetzungen und Angebote schaffen für eine aktive Mitgliedschaft bzw. Beteiligung von Interessierten.

Inhalte: In den letzten Jahren ist es immer schwerer geworden, Menschen für dauerhaftes politisches und zivilgesellschaftliches Engagement zu gewinnen. Viele Mitglieder von Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen sind passiv geworden oder haben diese sogar verlassen. Neben gesellschaftlichen Gründen gibt es auch solche, die in der Struktur und den vorherrschenden Beteiligungsformen der Organisationen liegen. Im Seminar lernen die Teilnehmenden, ihre Gestaltungsspielräume zu erweitern, um besser mit Menschen ins Gespräch zu kommen und sie erhalten einen Überblick, welche Angebote Organisationen über ihre normalen Aktivitäten hinaus entwickeln müssen, um Menschen für aktive Mitarbeit zu gewinnen und zu halten.

Methoden: Theoretischer Input, Planspiel, Reflexion und Prozessanalyse.

Zielgruppe: Führungs- und Führungsnachwuchskräfte in Parteien, Vereinen, Verbänden, Arbeitnehmervertretungen, Bürgerinitiativen.

Argumentations-Training gegen Rechts

Wer wirkungsvoll rechten Parolen begegnen will, muss über Sachinformationen zum Rechtsextremismus und zu den von ihm bevorzugten Themen wie auch über ausreichende Fähigkeiten in Gesprächsstrategie und Gesprächsführung verfügen. Unsere „Argumentations-Trainings gegen Rechts“ vermitteln die notwendige Kompetenz für die tägliche Auseinandersetzung mit rechtsextremistischem Gedankengut. Sie wenden sich vor allem an Lehrer, Sozialarbeiter und Erzieher, darüber hinaus aber an alle, die sich gegen Rechtsextremismus praktisch engagieren wollen.

Bereich Arbeit mit Jugendlichen

Planspiel Kommunalpolitik für Jugendliche – „Ohne Jugend ist kein Staat zu machen!“

In vielen ostdeutschen Städten wird unter diesem Titel ein Planspiel Kommunalpolitik angeboten, das – wie alle Planspiele – die Simulation von realen Prozessen darstellt. Im vorliegenden Fall geht es um einen mehrwöchigen Prozess der Vorbereitung und Durchführung einer Stadtratssitzung durch Jugendliche, die dann im realen Rathaus öffentlich und unter Mitwirkung regionaler Medien stattfindet.

Bei diesem Planspiel beschäftigen sich Jugendliche im Alter von ca. 16-17 Jahren über einen Zeitraum von ca. zwei Monaten mit einem kommunalpolitischen Thema. Sie erfahren dabei regelmäßige Unterstützung von gewählten Stadträten der im jeweiligen Stadtrat vertretenen Fraktionen. Bei der Auftaktveranstaltung des Planspiels bilden die Jugendlichen Fraktionen und wählen gemeinsam ein bestimmtes lokalpolitisches Thema aus. In den folgenden Wochen erarbeiten die Jugendlichen gemeinsam mit Stadträten zu diesem Thema einen Antrag, der in der abschließenden Sitzung des „Jugendstadtrates“ präsentiert und zur Abstimmung gestellt wird.

Ziel dieses Planspiels ist es, Jugendliche mit einem kommunalpolitischen Thema und bestimmten Abläufen und Strukturen in der Kommunalpolitik vertraut zu machen. Idealerweise engagieren sich Teilnehmer des Planspiels später gesellschaftspolitisch oder kommunalpolitisch.

Wochenendseminare für Schülervertreter

Die Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen in den Schulen ist verbrieftes Recht, aber sie müssen auch willens und in der Lage sein, ihre Rechte wahrzunehmen. Klassen- und Schülersprecher haben oft das Gefühl, von Eltern, Lehrern und Schulleitern, aber auch von anderen Schülern nicht ernst genommen zu werden. Sie fühlen sich manchmal überfordert und wissen nicht weiter. Um dem entgegenzuwirken, bieten wir gezielt Wochenendseminare für Schülervertreter an. Wir wollen ihre ehrenamtliche Tätigkeit in den Schulen verbessern, sie motivieren und die Notwendigkeit einer Interessenvertretung für Schülerinnen und Schüler deutlich machen.

Ausgangspunkt für die Seminare sind immer die Probleme der Schülervertreter, ist also die praktische Schülervertreterarbeit. Dafür werden Teamer benötigt, die die Möglichkeiten der Schülervertretung aus eigener Erfahrung kennen und die fachlich-methodisch kompetent sind. Dem Aufbau und der Qualifizierung eines entsprechenden Teamerkreises widmet unsere Stiftung kontinuierlich Aufmerksamkeit.

Planspiel „BERMUN“

In Kooperation mit der Berliner John-F.-Kennedy-Schule findet jährlich das internationale Schülerplanspiel „Berlin Model United Nations“ statt, das eine Sitzungswoche der Vereinten Nationen simuliert. Mehrere Hundert Schülerinnen und Schüler aus einem Dutzend Herkunftsländer haben dabei die Möglichkeit, sich in weltpolitischen Fragen zu üben, in die Rolle von Vertretern anderer Kontinente zu schlüpfen, in selbstbestimmter Arbeit Resolutionen zu formulieren und Freundschaft mit jungen Menschen anderer Kulturen und Weltregionen zu schließen.

„Meet Europe!“

ist ein modernes Lerninstrument, das die Planspielmethode mit dem Medium Internet kombiniert. Es verändert das herkömmliche Lernszenario (Präsenzseminar bzw. -unterricht) und bietet interessante Potenziale für eine zukunftsorientierte Lern- und Bildungskultur. Durch den explorativen spielerischen Zugang zum World Wide Web (www) werden Lernprozesse ausgelöst und die Motivation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefördert. Es unterstützt selbstorganisiertes und selbstverantwortliches Lernen, das gleichzeitig soziale Einbindung (vgl. die Bildung von Rollenteams im Planspiel) und persönlichen Kontakt sowie personelle Interaktion ermöglicht. Durch die direkten Übergänge aus dem Medium Internet in solche der gruppenorientierten Kommunikation (E-Mails, Chats etc.) werden Learner-Communities gefördert. Am Beispiel von „Meet Europe!“ kann dokumentiert werden, wie eine internetgestützte Form des Lernens komplexer Sachverhalte, am Beispiel der Gestaltung der Europäischen Union (EU), aufgebaut sein kann, bei der Interaktion, Kommunikation und soziales Lernen integriert sind.

4. Qualitätssicherung**Wissenschaftliche Methoden**

In den vergangenen Jahren hat die wissenschaftliche Evaluationsforschung Fortschritte gemacht. Eine Vielzahl von Institutionen nutzt die verschiedenen Methoden der Evaluation, um einen besseren Überblick über die Effektivität ihrer Maßnahmen zu erhalten. Besonders im Bereich öffentlich finanzierter Programme und Einrichtungen wird von Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Medien verstärkt die Frage nach Nutzen und Wirkung gestellt.

Die Überprüfung der Wirksamkeit und Nachhaltigkeit politischer Bildungsmaßnahmen anhand wissenschaftlicher Kriterien kann die Transparenz der geleisteten Arbeit steigern, Defizite aufdecken und damit insgesamt zu einer Verbesserung der Arbeit

führen. Gerade unter sich rasch verändernden Rahmenbedingungen sind genaue Analysen der Arbeit und ihrer Ergebnisse unerlässlich, um das Leistungsniveau halten und steigern zu können.

„Ständige Verbesserung unserer Programme“

Die Evaluation politischer Bildung ist allerdings mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Wie misst man die Effektivität einer Maßnahme? Was ist „Erfolg“? Die Wirkung politischer Bildung ist nicht einfach mit Input-Output-Kriterien zu messen. Was ist überhaupt der „Output“ politischer Bildung? Politische Bildung will eben nicht nur das Faktenwissen der Teilnehmenden vergrößern, sondern stellt mit der Vermittlung z.B. sozialer Kompetenzen bewusst auch so genannte „soft skills“ in den Vordergrund ihrer Bemühungen. Da daher die politische Bildung oft erst mittel- und langfristig wirkt, ist der Einfluss der einzelnen Maßnahmen und Projekte nur schwer und begrenzt zu beurteilen.

Evaluation in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Für die politische Bildungsarbeit in der Friedrich-Ebert-Stiftung haben wir Bewertungskriterien entwickelt, die eine sinnvolle Evaluation ermöglichen. Im Rahmen der internen Evaluation nutzen bereits alle Arbeitsbereiche die Möglichkeit der Befragung nach Abschluss einer Maßnahme. So können die Bewertungen der Teilnehmenden direkt in die ex-post-Analyse eines Seminars oder einer anderen Veranstaltung einfließen. Effizienzdefizite lassen sich so für die Zukunft beseitigen, Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Bildungsarbeit verbessern und Erwartungen und Wünsche der „Kunden“ aufnehmen.

Neben der Befragung der Teilnehmenden gehören z.B. gezieltes Kosten-Controlling, Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Sachberichte oder Nachtreffen/Nachbereitungen von Veranstaltungen zu den Instrumenten des Qualitätsmanagements.

„Qualitätskontrolle der geleisteten Arbeit“

Diese Instrumente dienen der Qualitätssicherung und ermöglichen eine Überprüfung der geleisteten Arbeit. Die Kriterien, nach denen eine Maßnahme beurteilt wird, können aufgrund der großen Vielfalt unserer Programme sehr unterschiedlich sein; standardisierte Prozesse sind aufgrund der unterschiedlichen Konzepte und Veranstaltungsarten nur schwer möglich. Dennoch können die bereits entwickelten Methoden als Anknüpfungspunkte genutzt werden, auf deren Grundlage die maßnahmenorientierten Instrumente weiter zu verbessern sind.

Dies geschieht in enger Abstimmung mit allen an der Evaluation beteiligten Personen. Dieser partizipative Ansatz sichert die Akzeptanz der getroffenen Entscheidungen.

Das Instrument der Längsschnittanalyse wird für die Bedingungen der politischen Bildungsarbeit weiterentwickelt.

Optimierung unserer Arbeit als Prozess

Evaluation dient als Hilfsmittel zur Optimierung unserer Arbeit und verstärkt die Transparenz unserer Maßnahmen gegenüber der Öffentlichkeit. Die Nutzung bereits vorhandener Ansätze wird weiter intensiviert und durch den fortlaufenden Erfahrungsaustausch in- und außerhalb der Friedrich-Ebert-Stiftung verbessert. Bei allen berechtigten Forderungen nach einer Erfolgskontrolle ist aber zu erwarten, dass die Messbarkeit der Wirkung politischer Bildung trotz der Verbesserung der wissenschaftlichen Instrumente immer nur eingeschränkt möglich sein wird.

Festzuhalten bleibt jedoch: Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung sind wichtige Elemente unserer gesamten politischen Bildungsarbeit. In einem umfassenden stiftungsweiten Organisationsentwicklungsprozess haben wir mit dem renommierten EFQM-Modell (European Foundation for Quality Management) ein modernes Qualitätsmanagementsystem in unsere Arbeitspraxis eingeführt.

VI. Politische Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Identifikation mit der Demokratie

Die Demokratie bedarf zu ihrer Sicherung und Fortentwicklung der überzeugten Zustimmung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Identifikation mit den Werten, Institutionen und Verfahren unseres demokratischen Systems erwächst vor allem aus der Erfahrung, dass in dessen Rahmen die wesentlichen gesellschaftlichen Probleme fair gelöst oder doch zumindest besser bewältigt werden können als in jeder anderen politischen Ordnung.

Wenn demokratische Einstellungen durch kontinuierliches Wirken politischer Bildung Stabilität und Verlässlichkeit gewinnen, halten sie den Herausforderungen gesellschaftlicher und politischer Krisen zuverlässiger stand, als wenn sie immer nur sporadisch in den Krisensituationen selbst Gegenstand politischer Bildungsbemühungen sind. Verlässliche Institutionen und Politiken Sozialer Demokratie, die den Bürgern die Erfahrung der gerechten Verteilung von Lebenschancen, der Sicherung ihrer sozialen Grundrechte und der Teilhabe an allen wesentlichen Entscheidungen, die sie betreffen, vermitteln, sind nach unserem Verständnis die beste Gewähr für demokratische Stabilität.

„Demokratische Abläufe erklären“

Die Akzeptanz von Demokratie entsteht und stabilisiert sich aber immer auch durch das Verständnis der Komplexität unserer Gesellschaft, der Vielschichtigkeit der in ihr wirkenden Interessen sowie der Differenziertheit und dem unvermeidbaren Kompromisscharakter politischer Entscheidungen. Die Demokratie lebt davon, dass ihre Bürgerinnen und Bürger ein zutreffendes und ausreichendes Verständnis der Politik, ihrer Grundlagen, ihrer Entwicklungsrichtungen und ihres Wirkens gewinnen. Dabei wächst der politischen Bildung eine herausragende Bedeutung zu.

Politische Bildung: Instrument der Demokratie

Politische Bildung ist eines der entscheidenden Instrumente, über das die Demokratie verfügt, um auch unter schwieriger werdenden Bedingungen die Identifikation des Einzelnen mit seinem Gemeinwesen zu ermöglichen. Sie zielt nicht lediglich auf zusätzliche Informationen ab, sondern auf deren orientierungs- und handlungsbezogene Bewältigung. Die bloße Vermittlung immer neuer Informationen würde die ohnehin problematische Überfülle, die oft eher desorientiert und ratlos macht, nur noch stei-

gern. Politische Bildung gibt dem Einzelnen stattdessen differenzierte, zielgerichtete Hilfen, um die sozialen und politischen Kompetenzen zu entwickeln, die er braucht, um erfolgversprechend auf politische Diskussionen und Entscheidungsprozesse einzuwirken.

Politische Bildung ist ein zentrales Instrument, die Motivation für ein Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Politik und Gesellschaft zu fördern und die Kenntnisse und Fähigkeiten dafür zu vermitteln. Durch die Förderung der Bürgermitwirkung in Vereinen, Initiativen, Kommunalparlamenten, Parteien und vielen anderen Formen zivilgesellschaftlicher und politischer Aktivität kann sie dazu beitragen, Loyalität neu zu stiften, wo Enttäuschungserfahrungen oder Unverständnis zur Entfremdung zwischen institutionalisierter Politik und Lebenserfahrung zu führen drohen.

„Demokratische Loyalität stiften“

Politische Bildung ist also gesellschaftspolitisches Handeln, indem sie die Voraussetzungen politischer Bürgerdemokratie sichern und entwickeln hilft. Es gibt für sie in der Demokratie keinen Ersatz. Politische Bildung kann weder allein von den Medien geleistet werden, noch ist sie durch die politische Kommunikation in Parteien, Bürgerinitiativen und Vereinen, die der Vorbereitung politischer Entscheidungen dienen, zu ersetzen. Mediale Informationen, politische Werbung und die inszenierten öffentlichen Debatten der politischen Akteure spielen in der Demokratie ihre eigene Rolle. Sie können politische Bildung aber nicht ersetzen, sondern sind umgekehrt gerade darauf angewiesen, dass politische Bildung die Bürger zum selbständigen Umgang mit ihnen befähigt.

Politische Bildung ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Sie wird allerdings häufig, insbesondere aus medienorientierter Sicht, in ihrer Bedeutung unterschätzt, weil ihre stillen, gleichsam unsichtbaren Prozesse der Vermittlung demokratischer Werte, politischer Informationen und bürgerschaftlicher Kompetenzen nach den Maßstäben der Medienpräsenz als eine zu vernachlässigende Größe erscheinen.

Notwendige Kontinuität

Tatsächlich führt das Verkennen des konstitutiven Werts kontinuierlicher politischer Bildungsarbeit für das Leben der Demokratie immer wieder zu der bekannten tagespolitischen Pendelbewegung einer abwechselnden Unter- und Überschätzung ihrer Rolle und Möglichkeiten. Solange ihre Notwendigkeit nicht akut zu spüren ist, wird sie unterschätzt. Überschätzt hingegen wird sie oft in Zeiten der Krise, wenn nach ihr, in der Erwartung, sie könne den politischen Brand im Handumdrehen löschen,

als Feuerwehr gerufen wird. Politische Bildung kann nicht der Reparaturbetrieb oder der Wunderheiler sein, der das, was politische oder gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu zerstören drohen, sogleich wieder in Ordnung bringt.

Politische Bildung leistet ihren entscheidenden Beitrag zum Funktionieren der Demokratie durch ihr zielbewusstes, kontinuierliches Wirken. Gegenüber Politik und Medien muss immer wieder deutlich gemacht werden, dass diese Arbeit an der politischen Kultur der Demokratie, soll sie anhaltend demokratiefördernde Effekte entfalten, auf Dauer, auf Langfristigkeit angelegt sein muss. Politische Bildung in Abhängigkeit von unmittelbaren Handlungszwängen zu bringen, sie sozusagen konjunkturzyklisch für mehr oder weniger bedeutsam und damit mehr oder weniger förderwürdig zu halten, nimmt ihr das Wirkungspotenzial, das sie tatsächlich hat. Sie muss vielmehr als offenes Angebot den Bürgerinnen und Bürgern kontinuierlich zur Verfügung stehen.

„Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“

Politische Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie hat ihren unverzichtbaren Platz im Prozess „lebenslangen Lernens“ – mit Berührungspunkten zu verschiedenen anderen Bereichen der Bildung, u.a. auch der beruflichen Bildung. Die politische Bildung besitzt jedoch ein unverwechselbares spezifisches Anforderungs- und Aufgabenprofil, das ihr eine eigenständige Rolle in unserer Gesellschaft gibt. Ihr Beitrag zur Förderung des Projekts „Europa“ wie auch der internationalen Verständigung und des interkulturellen Dialogs im globalen Zusammenhang weist ihr zudem eine Bedeutung zu, die über die nationale Dimension hinausgeht.

Die politische Bildung bildet eine der zentralen Säulen der gesellschaftspolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dank jahrzehntelangem Engagement in diesem Bereich steht uns ein Fundus an Erfahrungswissen zur Verfügung, der in unsere Angebote politischer Bildung einfließt und sie qualifizieren hilft. Wir sind bestrebt, in unser Konzept politischer Bildung ständig aktuelle Entwicklungen in der Gesellschaft, Veränderungen im Bildungsverhalten und neue Erkenntnisse im Bereich der Bildungsmethodik aufzunehmen. Unsere politische Bildungsarbeit auf der Höhe der Zeit zu halten und sie auf künftige Anforderungen auszurichten, also Kontinuität und Perspektive zu verbinden, dies ist der Anspruch, dem wir uns verpflichtet fühlen.

Tagungszentren, Akademien und Bildungsbüros

